

**Antrag**

Fraktion der SPD

Hannover, den 14.02.2012

**Produktivität und Wertschöpfung schützen - Spekulationen und Wetten mit Finanztransaktionssteuer begegnen**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Der Handel auf den globalisierten Finanzmärkten ist hoch spekulativ. Dazu tragen der computergesteuerte Hochfrequenzhandel und der Handel mit Derivaten wesentlich bei. Diese Transaktionen sind weitgehend von der realen Wirtschaft entkoppelt und werden aktuell nicht besteuert.

Das Szenario ist zwar nicht neu, die Krisen der letzten Monate haben es jedoch wieder verstärkt ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gebracht. Auch die Forderung nach der Einführung einer Transaktionssteuer findet eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung.

Mit der Besteuerung von Finanztransaktionen würden die von der Realwirtschaft weitgehend losgelösten Spekulationen begrenzt.

Selbst bei einem sehr geringen Steuersatz könnten erhebliche Einnahmen erzielt und so ein Teil der auf den Finanzmärkten erzielten Gewinne den öffentlichen Haushalten zugeführt werden.

Angesichts globalisierter Finanzmärkte wäre eine weltweit erhobene Steuer auf sämtliche Finanztransaktionen wünschenswert und der beste Weg. Da aber offensichtlich zurzeit kein internationaler Konsens zu erreichen ist, sollte die Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union oder wenigstens der Eurozone eingeführt werden. Ein nationaler Alleingang ist wegen der zu erwartenden negativen Auswirkungen für den Finanzplatz Deutschland nicht vertretbar.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, sich im Bundesrat konsequent für die Einführung einer Transaktionssteuer einzusetzen, die folgende Punkte umfasst: Die Transaktionssteuer soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen. Alle Transaktionen sollen mit einem Steuersatz von 0,05 % besteuert werden. An den Einnahmen sind Länder und Kommunen unmittelbar oder über Finanzausgleichsleistungen zu beteiligen.

**Begründung**

Die Finanzmarktakteure haben in der Finanz- und Wirtschaftskrise von umfangreichen Rettungsmaßnahmen des Staates profitiert. Es ist somit angemessen, dass der Finanzsektor sich durch die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer an der Finanzierung der von ihm selbst wesentlich mit verursachten Kosten zur Krisenbewältigung beteiligt.

Stefan Schostok  
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 15.02.2012)